



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-382
vom 16.11.11

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Angriff auf Bartling bewusster Versuch der Irreführung

Zur gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses sowie des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes am (heutigen) Mittwoch im Niedersächsischen Landtag erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Bachmann:

„Gegen den Willen der Oppositionsvertreter ist die heutige Ausschusssitzung auf Antrag von CDU und FDP für vertraulich erklärt worden. Wir bedauern diese Geheimniskrämerei sehr, denn die SPD hat nichts zu verbergen.

Zur Frage der CDU-Fraktion, warum der damalige Innenminister Heiner Bartling im Jahr 1999 keine weitergehende Überwachung des mutmaßlichen Terrorhelfers Holger G. veranlasst hat, wurde allerdings vonseiten der jetzigen Führung des Landesamtes für Verfassungsschutz eine wichtige Feststellung getroffen. Danach hat alles, was mit der dreitägigen Observation des Holger G. im Herbst 1999 in Zusammenhang steht, die Arbeitsebene des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz nicht verlassen. Nach heutigen Erkenntnissen sei das damals von Heiner Bartling geleitete Innenministerium zu keiner Zeit eingeschaltet gewesen. Die Behauptung des CDU-Kollegen Fritz Güntzler, Heiner Bartling habe die weitere Überwachung des Holger G. hintertrieben, entbehrt also jeder Grundlage und kann als bewusster Versuch der Irreführung gewertet werden. Nach den uns derzeit vorliegenden Erkenntnissen muss die Ermittlungspanne von 1999 als Organisationsversagen auf Arbeitsebene gewertet werden.

Ich möchte hinzufügen: Wäre Heiner Bartling von der damaligen Führung des Landesamtes für Verfassungsschutz über den Fall Holger G. informiert gewesen, hätte er selbstverständlich weitergehende Maßnahmen, etwa eine Telefonüberwachung, angeordnet. Der heutige Versuch, Heiner Bartling zu unterstellen, er sei ‚auf dem rechten Auge blind‘ ist absurd.

Wegen der von der Koalition beschlossenen Geheimniskrämerei ist es uns heute leider nicht möglich, die Antworten unserer Fragen an die Landesregierung hier wiederzugeben. Wir wollen nämlich von Innenminister Schünemann u.a. wissen, wie sich unter seiner Verantwortung der Einsatz von V-Leuten entwickelt hat, wie viel Geld als ‚Agentenlohn‘ geflossen ist und ob möglicherweise mit diesem Geld rechtsextremistische und neonazistische Vereinigungen erst aufgebaut worden sind. Außerdem wollen wir Antworten zur Person des Matthias D., der laut Medienberichten als mutmaßlicher Quartiermeister der Zwickauer Terrorzelle in den letzten Jahren von Niedersachsen aus gewirkt haben soll.“